„NICHT NOCH EIN JAHR WIE 2015“

IN DER FLÜCHTLINGSKRISE FÜHLEN SICH VIELE STÄDTE UND GEMEINDEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN (NRW) FINANZIELL IM STICH GELASSEN. DIE LANDESREGIERUNG SOLL DEN KOMMUNEN ENDLICH DIE KOSTEN FÜR DIE UNTERBRINGUNG DER FLÜCHTLINGE ERSTATTEN, FORDERT DIE DORTMUNDER RECHTSDEZERNENTIN DIANE JÄGERS (CDU). EIN GESPRÄCH ÜBER KLEBRIGE FINGER, BESCHÖNIGTE RECHENSPIELE UND FEHLENDE MILLIONEN

INTERVIEW: Cornelius Witt

DIANE JÄGERS (CDU) leitet seit 2013 das Rechtsdezernat der Stadt Dortmund. Sie wurde 1961 in Deichsende im Landkreis Cuxhaven geboren und studierte von 1980 bis 1985 Rechts- und Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum.

REDAKTION: Seit November sinken die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge in Dortmund und deutschlandweit. Ist ein Ende der Flüchtlingskrise in Sicht oder handelt es sich nur um eine Atempause?

DIANE JÄGER: Das ist keine Atempause, das ist lediglich ein relatives Absinken, eine kleine Delle in einer andauernden Überlastungssituation. Als wir im Dezember 16.000 Neuankömmlinge in Dortmund hatten, waren das zwar relativ zum Vormonat 5000 Flüchtlinge weniger – aber immer noch dreimal mehr als das, was die Erstaufnahmeeinrichtung Dortmund eigentlich schaffen und verkraften kann.

Sie haben ja bereits im Herbst letzten Jahres gesagt, dass ihre Mitarbeiter und die Ehrenamtlichen an die Grenzen ihrer Kräfte stoßen.

Das stimmt. Würde ich die Überstunden meiner Mitarbeiter zusammenzuzählen – das würde mich sprachlos zurücklassen. Und ich müsste mir die Frage stellen: Darf ich das noch verantworten? Klar ist: Wir halten nicht noch ein Jahr wie 2015 durch.

Mit wie vielen Flüchtlingen rechnen Sie für Dortmund in 2016?

Das können wir noch nicht genau abschätzen. Wir rechnen damit, dass in der Dortmunder Erstaufnahme wohl zwischen 90.000 und 100.000 Flüchtlinge ankommen. 150 bis 200 davon müssten wir in Dortmund pro Woche in Flüchtlingsheimen aufnehmen. Aber in diesem Tempo schaffen wir das nicht. Es werden wieder viele Flüchtlinge wochenlang in den Erst- und Notaufnahmeeinrichtungen geparkt werden müssen.

Langfristig werden tausende Menschen in Ihrer Stadt bleiben. Wie viele neue Kindertagesstätten, Schulen und Wohnungen braucht Dortmund?

Bis zum Sommer müssen wir 90 neue Auffangklassen bereitstellen. Außerdem brauchen wir circa 30 neue Kitas und etwa 5000 neue Wohnungen.

Schafft Dortmund das?

Es wird schwierig. In 2016 und 2017 werden vielleicht 1.500 neue Wohnungen geplant und gebaut. Die restlichen Flüchtlinge müssen in Gemeinschaftsunterkünften bleiben.

Und wie soll das finanziert werden? Müssen die Dortmunder mit Steuererhöhungen rechnen?

Ich möchte nicht soweit gehen und sagen: „Die Steuern werden erhöht, weil wir Flüchtlinge unterbringen.“ Natürlich sind Steuererhöhungen ein Thema, beispielsweise wird immer wieder über eine Erhöhung der Grundsteuer nachgedacht. Aber es kann nicht sein, dass die Kommunen Kosten tragen, weil Bund und Land ihrer Verantwortung nicht nachkommen.

Das Land hat doch erst kürzlich den Haushalt aufgestockt: Den Kommunen stehen jetzt nicht mehr 1,3, sondern zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

Das Land NRW hätte sich von Anfang an finanziell wesentlich intensiver in der Flüchtlingsfrage engagieren müssen. Die Erstattung der Kommunen berechnete die Landesregierung mit der Gesamtzahl von 186.000 Flüchtlingen, obwohl man ganz genau wusste, dass mindestens 230.000 Flüchtlinge gekommen waren. Erst in mühsamen Verhandlungen wurden die Zahlen auf 200.000 korrigiert, zusammen mit der Zusage des Landes, im Laufe des Jahres nachzubessern. Der Spruch „die klebrigen Finger des Landes“ kommt nicht von ungefähr: Das Geld des Bundes kommt nicht immer eins zu eins bei uns an, sondern bleibt beim Land hängen.

NRW und der Bund zahlen jeder Stadt bisher 10.000 Euro jährlich pro Flüchtling...

... und das ist viel zu wenig. Die realen Kosten liegen zwischen 15.000 und 20.000 Euro pro Flüchtling.

Aber 2017 wird ja von der jährlichen Pauschale auf ein präziseres, monatliches Erstattungssystem umgestellt, damit die Kommunen pro Flüchtling und ab dem Tag der Zuweisung erstattet werden. Da ist das Land den Kommunen entgegengekommen.

Dennoch kam diese Umstellung viel zu spät. Wir wurden zu lange ignoriert.

Der SPD-Innenminister Ralf Jäger betont oft, dass das Land NRW in der Flüchtlingskrise ein fairer Partner für Städte und Gemeinden ist.

Nein, das Land ist kein durchweg fairer Partner. Fairness sähe anders aus. Dann hätte sich das Land viel eher und intensiver selbst um die Erstversorgung der Flüchtlinge gekümmert und nicht die Kommunen um „Amtshilfe“ gebeten. Dann würden Bund und Länder die finanzielle Last tragen. Die Kommunen müssen sich auf das konzentrieren, was sie gut können: Menschen aufnehmen, sie mit Wohnungen und Sprachkursen versorgen und sie in Kitas und Schulen unterbringen. Das ist unsere Kompetenz. Fairness würde auch bedeuten, das Konnexitätsprinzip einzuhalten.

Das Konnexitätsprinzip besagt ja, dass die verantwortliche Instanz für die Finanzierung zuständig ist oder vereinfacht gesagt: „Wer bestellt, bezahlt“. Das Asylgesetz fällt unter die Bundesgesetzgebung – müssten Sie sich nicht eigentlich bei Ihren Parteikollegen in Berlin anstatt in Düsseldorf beschweren?

Ja, das haben wir auch. Der Bund hat auch darauf reagiert im Asylpaket 1. Das war ebenfalls ein sehr zäher Prozess. Der Punkt ist, wie Johannes Rau einmal gesagt hat, folgender: Die Kommune ist der Ernstfall der Demokratie. Bei unseren Kommunen kommen die Leute an, bei uns kriegen sie ein Gesicht. Bei uns müssen sie ein Dach über dem Kopf haben, mit Kleidung und Essen versorgt werden. In den Kommunen müssen die Schulen und Kitas bereit stehen. Wenn das nicht funktioniert, gerät das ganze System ins Wanken.

Angenommen, Sie wären für einen Monat Innenminister der Bundesrepublik Deutschland: Was wäre Ihre erste Amtshandlung?

Darüber habe ich mir noch nie im Leben Gedanken gemacht. Ich glaube ich würde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) besuchen und dessen Leiter Herrn Weise fragen, welche Unterstützung er braucht, um das BAMF ins Jahr 2016 zu holen. ■

WER ZAHLT WAS

Insgesamt plant der Bund, **7,86 Milliarden Euro** für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge im Jahr 2016 auszugeben. Davon bekommen die Länder **3,64 Milliarden Euro,** die restlichen **4,22 Milliarden Euro** bleiben beim Bund und werden beispielsweise für zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder für humanitäre Hilfe im Ausland eingesetzt. Nordrhein-Westfalen erhält 796 Millionen Euro an Bundesmitteln. Dazu gibt das Land etwa **3,2 Milliarden Euro** aus eigenen Mitteln. Damit kommt NRW auf rund **4 Milliarden Euro,** die in diesem Jahr für Flüchtlinge ausgegeben werden.